

(Haushaltrede 2011: Anna Hofmann/Die Linke/Kreistag Marburg-Biedenkopf)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Meine Damen und Herren,

Die Linke wird in diesem Gremium die einzige Partei sein, die diesem 'sogenannten' Sparhaushalt nicht mittragen wird und sich entschieden dagegen verwehrt noch weitere Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen und im sozialen Bereich vorzunehmen.

Sogar im Gegenteil schlagen wir vor mehr Geld für die betreute Grundschule, die Frauenförderung und die Schaffung regulärer Arbeitsplätze auszugeben. Denn eine nachhaltige Politik kann man nicht daran ermessen, wie viel man fiskalisch in einem Haushalt einspart, sondern eher daran, welche soziale Infrastruktur man der nachfolgenden Generation hinterlässt.

Eine Politik der Kürzungen und der Einsparungen führt nur zu weiteren maroden Schulen, Straßen und hat mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun...

Schon alleine das Wort sparen ist bei der derzeitigen Kassenlage lächerlich...

Wie im letzten Jahr lässt sich auch der diesjährige Haushalt nur mit den Vokabeln katastrophal und erschütternd umschreiben.

Bei einem Fehlbedarf des Ergebnishaushalts von 28.439.197 Euro von sparen zu sprechen führt das Wort ad absurdum.

Es ist sicherlich auch keine Errungenschaft, dass man im letzten Jahr nicht bei den erwarteten 45 Millionen Euro Defizit gelandet ist, sondern eben nur bei 28,4 Millionen Euro. Dies haben wir aber nicht einer sparsamen Kreisverwaltung zu verdanken, sondern vorwiegend der Konjunktur und den dadurch vorhandenen Steuermehreinnahmen beim Land.

An der katastrophalen Einnahmesituation des Landkreises hat sich aber nichts geändert

Auch die Tatsache, dass das Land durch eine vorgezogene Spitzabrechnung früher die Kreise an diesen Steuer-Mehreinnahmen beteiligt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass man bei der derzeitigen Haushaltssituation eigentlich nichts weiter machen kann als ein immer größeres Defizit zu verwalten.

Fast 99% aller Aufgaben des Kreises sind festgelegt und können ohnehin nicht mit Sparmaßnahmen beglichen werden. Da sie gesetzlich vorgegeben wurden.

Unter diesen Bedingungen, dann gerade bei Vereinen, bei der Schwangerschaftskonfliktthilfe, den Seniorenbussen, einer Familienfreizeit zu sparen, und zusätzliche Zuschüsse für die Jugendpflege bzw. beim Ausbau von KITA-Plätzen für unter Dreijährigen die Gemeinden zu streichen und gleichzeitig die Gebühren der VHS zu erhöhen, lässt fragen, ob der Kreis überhaupt noch in der Lage ist sich selbst zu verwalten oder sich der Rasenmäher Methode des Sparens um jeden Preis unterordnet...

Es wird schon langweilig hier jedes Jahr darauf hinzuweisen, dass die derzeitige Finanzausstattung des Kreises eigentlich verfassungswidrig ist...

Sowohl im Grundgesetz als auch in der Hessischen Verfassung ist die kommunale Selbstverwaltung garantiert und verankert. Es wird zugesichert, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren Pflichtaufgaben nachkommen können. Es wird ihnen gleichzeitig auch garantiert, dass sie freiwillige Aufgaben übernehmen und bezahlen können. Ohne diese freiwilligen Leistungen bräuchte man eigentlich kein Parlament, man könnte eigentlich das Defizit auch ohne politische Willensbildung verwalten.

Denn niemand in diesem Gremium macht eigentlich noch Politik. Nicht einmal die größte Opposition die SPD hat in den letzten Jahren irgendwelche signifikanten Ideen eingebracht, wie man den Kreis wirklich gestalten kann... Angesichts dieser katastrophalen Kassenlage gibt man defacto die kommunale Selbstverwaltung auf. Man denkt nur noch daran, wie man unter diesen Bedingungen nicht komplett bankrott gibt. Dabei ist die finanzielle Situation des Kreises weder ein Naturereignis, noch durch eine wilde Politik des Ausgebens verursacht, sondern das Ergebnis von bewussten Entscheidungen im Bundestag und im Hessischen Landtag. Fast alle Abgeordneten von CDU, CSU, SPD, FDP und den Grünen haben mit ihren finanzpolitischen Entscheidungen mitgewirkt, die öffentlichen Kassen zu leeren. Gerade nach unten werden Kürzungen gerne weiter gereicht...

Über 30 Milliarden Euro Mindereinnahmen haben die Kommunen vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2010 verkraften müssen.

Den Entzug von 345 Mio. Euro aus den Kommunalen Finanzausgleich, schlägt sich im Kreishaushalt mit ca. 2,3 Mio Euro nieder. Hinzu kommen nicht beeinflussbare Mehraufwendungen bei den Rückstellungen im Beamtenbereich von 1,6 Millionen, weitere 700.000 Euro bei den übrigen Personalkosten durch Tarifsteigerungen und zusätzliche 1,7 Millionen bei der Nettoposition aus Abschreibungen und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Mehrbelastungen also von allein rund 6,3 Millionen Euro.

In anderen Landkreisen sieht es nicht besser aus. In 2009 summierten sich die aufgelaufenen Fehlbeträge aller 21 Landkreise auf 1,8 Milliarden Euro. Ende dieses Jahres werden es 2,3 Milliarden sein und aufgrund der dramatischen Defizite in 2011 muss mit 3,2 Milliarden Euro gerechnet werden.

Angesichts dieser Verschuldungssituation ist es sicher verständlich, dass es erste Anzeichen gibt, dass sich über Parteiengrenzen hinaus Widerstand formiert. Bemerkenswert finde ich in diesem Zusammenhang, dass sich der Landrat in seiner Funktion als Vorsitzender des Landkreistages auch gegen die Entscheidungen seiner eigenen Partei auf Landesebene stellt.

Jedenfalls finde ich es begrüßenswert, dass sich Gremien des Landkreistages dafür ausgesprochen haben, die Voraussetzungen für eine kommunale Grundrechtsklage auf auskömmliche Finanzausstattung zu prüfen und zwei führende Wissenschaftler mit vorbereitenden Studien dazu beauftragt haben.

Denn wir befinden uns in einem Verteilungskampf, wo weniger das Parteibuch als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ebene zählt.

Schulden werden gerne von oben nach unten verschoben und kommen dann

beim schwächsten Glied, den Kommunen an.

Die eigene Einnahmesituation dadurch zu verbessern, dass man nach unten Kosten abwälzt ist ein beliebtes Prinzip..--

Gerade in einer solchen Situation eine 'Schuldenbremse' in die hessische Verfassung integrieren zu wollen, ist blanker Hohn.

Verkauft wird die Schuldenbremse den Bürgerinnen und Bürgern als Rettung des Sozialstaates. Angeblich sollen finanzielle Spielräume für die Gestaltung von Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Mit einem Schuldenverbot geht das nicht. Mit dem Gesetzentwurf setzen SPD, Grüne, CDU und FDP lediglich eine Politik fort, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen.

Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Sie wird dazu führen, dass den Kommunen noch weniger Geld zur Verfügung stehen: wir unseren Kindern baufällige Schulen und baufällige Bibliotheken, marode Straßen, und ein heruntergewirtschaftetes Gesundheits- und Sozialsystem, hinterlassen. Und das nennen sie dann auch noch Generationengerechtigkeit.

Mit einer solchen Schuldenbremse wird der Sozialstaat zerschlagen.

Sicherlich werden Sie mir erwidern ich solle zurück zum Thema kommen, den Kreisfinanzen, aber die Kreisfinanzen unabhängig von der Landes-, Bundes- und Steuerpolitik zu sehen, ist unmöglich.

Denn die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben wir nicht hier vor Ort bestimmt., sondern sie wurden uns vorgegeben.

Wir alle sind uns einig, dass die Finanzausstattung der Landkreise nicht auskömmlich ist und verändert werden sollte. Diese finanzielle Mehrausstattung kann allerdings nur erreicht werden, wenn man im Land insgesamt die Steuerpolitik verändert.

Deutschland hat in erster Linie kein Schuldenproblem, sondern ein Einnahmenproblem.

Das Problem ist eine gnadenlose Steuersenkungspolitik. Die schon mit der rot-grünen Koalition begonnen hat, mit der großen Koalition und dem derzeitigen schwarz-gelben Regierung nahtlos fortgesetzt wurde.

Die seit 1998 vorgenommenen Steuerreformen haben in den letzten 10 Jahren zu Einnahmeausfällen von fast 340 Milliarden Euro geführt. In Hessen sind das 10 Milliarden Euro, ein Viertel der hessischen Schulden.

Wenn wir die Steuerpolitik reformieren und das Einnahmenproblem beheben, bräuchte man keine Schulden bremsen – weil gar keine Schulden gemacht werden müssten.

Um dies zu erreichen, müsste man einen Spitzensteuersatz von 53 % wieder einführen.

Und auch ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn würde die öffentlichen Haushalte nachhaltig konsolidieren. Zum einen fielen über zehn Milliarden an Subventionen für Unternehmen weg, die ihren Beschäftigten nur Hungerlöhne zahlen, die nicht zum Leben reichen. Zum anderen führen die

höheren Einkommen bei den Geringverdienern zu mehr Steuereinnahmen. Auch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer sollte überdacht werden. Wer behauptet, diese sei vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungsgemäß kassiert worden, der hat Unrecht. ! Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich festgestellt, dass es nicht zulässig ist Immobilienvermögen wesentlich geringer zu besteuern als zum Beispiel Geldvermögen. Es ist also nicht die Steuer, die unzulässig ist, sondern das ungleiche Behandeln von verschiedenen Vermögensarten.

Ein weiterer Mythos ist, dass der Ertrag einer Vermögenssteuer so gering sei, dass sich der Aufwand/die Einführung nicht lohne. Wieder falsch!! Denn eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat ergeben, dass eine Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen und moderaten Steuersätzen zu einer deutlichen Verbesserung des Landeshaushaltes beitragen könnte.

Bei einem Freibetrag von 500 000 Euro und einem Steuersatz von nur einem Prozent für das darüber hinaus reichende Vermögen kämen dem Landeshaushalt jährlich 1,23 Milliarden Euro zugute. Damit lässt sich leicht der kommunale Finanzausgleich so ausstatten, dass Städten, Gemeinden und Landkreisen nicht die Luft abgeschnürt wird.

Wer also immer behauptet, dass die Staatsverschuldung ein gekommenes Naturphänomen sei...und man sparen muss und es keine Alternative gäbe, der belügt seine Wählerinnen und Wähler...

Denn es gibt Alternativen und wir sind die einzige Partei in diesem Gremium, die überhaupt Alternativvorschläge zu diesem Haushalt eingebracht hat.

Kommen wir also nun zu unseren Änderungsvorschlägen, die sicherlich nur einen Ausschnitt darstellen, von dem was im Kreis alles momentan unzureichend finanziert wird und umgestaltet werden sollte.

Einen Mehrfinanzierungsbedarf sieht meine Fraktion zum Beispiel in der Frauenförderung und einer echten Umsetzung, des sogenannten 'Genderbudgetings'

Auf Bundesebene gab es ja gerade eine heiße Debatte zu der Thematik. Frau von der Leyen hatte eine festgelegte 30% Frauenquote bei der Besetzung von Stellen in Führungspositionen der Wirtschaft gefordert. Auch wenn diese Idee erstmal gescheitert ist, wäre es sicherlich anzudenken, ob man nicht eine analoge Idee auf Kreisebene umsetzt und eine 30% Stellenbesetzung der Führungspositionen in der Kreisverwaltung in Betracht zieht. Ebenso sollte man mehr Geld in das sogenannte Genderbudgeting investieren.

Ziel von Genderbudgeting ist es, den gesamten öffentlichen Haushalt und seine einzelnen Teile, daraufhin zu untersuchen, welche Auswirkungen er auf die Gleichstellung von Frauen und Männern hat. Mit der Verteilung von Ressourcen im Haushaltsplan werden dann Aufgabenstellungen definiert und politische Prioritäten gesetzt. Das heißt mit Hilfe des Gender-Budgeting lässt sich feststellen, welche unterschiedlichen Auswirkungen die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer im allgemeinen und auf die sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen zu Gruppen von Frauen und Männern im Besonderen haben. Aus dieser Analyse kann man dann die

Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse offen legen und es wird möglich Haushaltsmittel so verändert einzusetzen und umzuverteilen, dass man einen geschlechtssensiblen und gerechten Haushalt aufstellen kann.

Sicherlich ein ambitioniertes Ziel, dass man vermutlich von Koalitionsseite als Zugeständnis an die Grünenfraktion in den Haushalt integriert hat. Meine Fraktion sieht mit einem derzeitigen Budget von 7000 Euro jedoch hier ein reines Lippenbekenntnis.

Der erste Kreisbeigeordnete McGovern hat ja auch im Haupt- und Finanzausschuss bereits zugegeben hat, dass man noch ganz am Anfang des Projektes stände. Bei näherer Inspektion des Kreishaushaltes kommt dieses Statement sogar noch als geschönt herüber, denn man kommt zu dem Schluss, dass in keinem der einzelnen Haushalts-Budgets bislang der Gender-Aspekt eine Rolle spielt.

Ein weiteres Anliegen meiner Fraktion ist der Ausbau der betreuten Grundschule...

Der Landkreis finanziert nicht nur das Betreuungsangebot an Grundschulen. Im Prinzip gibt er durch seine Einstellungspolitik und die Form der betreuten Grundschule auch die Rahmenbedingungen für ein pädagogisches Konzept vor.

Der Kreis vermarktet dabei sein Betreuungskonzept als besonders familienfreundlich und innovativ. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass es gar keine flächendeckende Betreuung gibt, der pädagogische Standard sehr unterschiedlich ist und die Öffnungszeiten nicht lang genug, um wirklich ein Angebot für berufstätige Eltern, vor allen Dingen Alleinerziehende darzustellen.

Es ist sicherlich keine Ruhmestat, dass von 1407 Betreuungsplätzen nun fast 400 Plätze einer Öffnungszeit bis 15:00 Uhr haben. Und an 30 von 51 Standorten ein Mittagstisch angeboten wird. Das ist nach wie vor kein attraktives Angebot für alleinerziehende Eltern und wird sicherlich nicht dazu führen, dass mehr junge Familien sich im Landkreis niederlassen werden.

Ebenso fraglich ist es in dem Zusammenhang, dass aufgrund von Geldmangel Kapazitäten nur noch darüber ausgeweitet werden, dass man mit Fördervereinen kooperiert. In dem ein oder anderen Fall können Drittanbieter, wie Kindertagesstätten, die auch eine Gruppe für Schulkinder anbieten sicherlich sinnvoll sein. Betreuung durch nicht pädagogische Fachkräfte oder nur auf 400 Euro Basis lehnen wir jedoch ab. Auch die Gebührenordnung sehen wir als bedenklich an. Bestraft werden vor allem Eltern, die ihr Kind vor- und nach der Schule betreuen lassen. Hier sollte man zumindest über die Einführung einer Sozialstaffelung, die sich nach dem elterlichen Einkommen richtet, nachdenken. Meine Fraktion wäre langfristig für die gänzliche Abschaffung von Elternbeiträgen. Außerdem sollten die Betreuungszeiten zumindest die Kernarbeitszeiten von 7:00 Uhr bis 16:30 Uhr abdecken.

Ebenso fordert meine Fraktion den Kreis auf, die Kostenübernahme der Schülerbeförderung in der (Oberstufe) Sekundarstufe II zu übernehmen, wenn die Eltern wirtschaftlich nicht dazu in der Lage sind diese Fahrtkosten selbst zu tragen.

Bis auf der Bundesebene ein tragfähiges Konzept entwickelt wird, was diese Lücke im SGB II schließt, sollte der Kreis selbst einspringen.

Denn es darf nicht sein, dass ein Bildungsabschluss vom Einkommen der Eltern abhängig ist und wer arm ist, nur einen mittleren Bildungsabschluss machen kann. Dies darf nicht an den Beförderungskosten zur Schule scheitern.

Darüber hinaus fordert meiner Fraktion die Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse. Bürgerarbeit und 1 Euro Jobs lehnen wir ab.

Der Landrat rühmte sich in seiner Haushaltsrede, wie finanziell kostengünstig sich das Modellprojekt Bürgerarbeit auf den Haushalt auswirkt. Da die Projektmittel aus einem

Sonderbudget zur Verfügung gestellt werden und zusätzlich auch noch aus der Förderung des Europäischen Sozialfonds geschöpft wird. Dadurch sei die Beschäftigung der Kunden deutlich günstiger als über andere Arbeitsgelegenheiten.

Hier wird jedoch wieder einmal übersehen, dass durch die Bürgerarbeiter reguläre Arbeitsplätze sowohl im öffentlichen Dienst als auch im privatwirtschaftlichen Sektor verdrängt werden, denn auch da soll Bürgerarbeit nach den Vorstellungen der Bundesministerin von der Leyen möglich sein. Der öffentliche Dienst wird somit weiter erodieren und die Spirale des Lohndumpings in der Privatwirtschaft weiter gedreht.

Aus dem Hartz IV Teufelskreis kommt ein Single bei 900 Euro monatlich Brutto durch die Bürgerarbeit auch nicht heraus. Er ist weiter auf aufstockendes Hartz IV angewiesen. Umso mehr gilt dies natürlich auch für Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften. Es macht absolut keinen Sinn, mit Steuergeldern subventionierte Arbeitsprogramme aufzulegen, die eine Ablösung aus Hartz IV nicht vorsehen, sondern lediglich 'Aufstocker' generieren.

Außerdem steht hinter der Idee das Workfare-Konzept aus der neoliberalen Gruselkiste. Das verfolgte Ziel ist: „Keine staatliche Leistungen ohne Gegenleistung.“ Bzw. „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“

Was nun aber beim Zwang zur Arbeit 'bürgerlich' sein soll können wir nicht erkennen. Denn die Erwerbslosen werden wieder einmal dazu gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, sonst drohen Sanktionen.

Meine Fraktion fordert eine repressionsfreie, armutsfeste Mindestsicherung. Das Netz der sozialen Sicherung darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die die Menschen zum Spielball arbeitsmarktpolitischer Experimente machen, die in erster Linie der Schönung der Statistik dienen. Das Modell Bürgerarbeit bedient die Legende vom faulen Arbeitslosen, der auch etwas für sein Geld tun sollte und spaltet damit die Gesellschaft.

Auch im Bereich der Umweltpolitik könnte der Kreis mehr tun:

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf will bis zum Jahre 2040 von fossilen und atomaren Energieträgern unabhängig werden. Um dieses überaus ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssten aber den Worten auch Taten folgen. Und außer den 6 Holzhack Schnitzelanlagen ist wenig bis gar nichts auf diesem Weg zu erkennen. Auch die im September in Betrieb genommene Solaranlage auf dem Mitarbeiterparkplatz am Landratsamt ist mehr ein symbolisches Prestige Projekt und kein Anzeichen für einen generellen Umschwung auf erneuerbare

Energien.

Wir haben immer gefordert, eine dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren Energien zügig auszubauen. Um das zu erreichen müsste der Landkreis Marburg-Biedenkopf eine Klimaschutz- und Innovationsstrategie erarbeiten und konsequent und flächendeckend umsetzen. Immer wieder haben wir auch auf die Einrichtung einer Energiestabsstelle gedrängt, die ein Gesamtkonzept für die energetische Optimierung der Gebäude des Landkreises zielt.

Außerdem sollte der Landkreis zur kommunalen Netzgesellschaft, die derzeit durch Zusammenarbeit der Stadtwerke Marburg und einiger Kommunen des Landkreises entsteht, beitreten.

Wenn der Kreis nicht genügend Geld hat, sich finanziell an einer kreisweiten Netzgesellschaft zu beteiligen, sollte man zumindest -wie schon im letzten Jahr von uns gefordert- darüber nachdenken, ob nicht die restlichen E-ON Aktien in eine solche Netzgesellschaft eingelegt werden könnten? Wenn die Stadt Marburg, die Städte und Gemeinden des Landkreises und der Landkreis sich einen gemeinsamen Partner suchen, wie die Stadtwerke Marburg, könnte Energieproduktion, Netzbetrieb und ÖPNV aus einer Hand angeboten werden..

Das wäre eine Möglichkeit zur Wertschöpfung in der Region zu behalten und zum anderen stetige Einnahmen für den Kreishaushalt zu generieren und zum dritten im Zusammenspiel mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises einen optimierten ÖPNV zu entwickeln. Denn derzeit ist es kaum möglich im Kreis mit dem Bus außerhalb des Schülerverkehrs von A nach B zu kommen...

Und lassen Sie mich mit ein paar allgemeinen Sätzen zu unserem parteipolitischen Grundsätzen schließen: (Teilweise wörtlich abgeschrieben bei meinem Kollegen Hajo Zeller)

„DIE LINKE will auch die Partei der ökologischen Erneuerung sein. Sie ist die einzige Partei, die auch im Bereich der Umweltpolitik die Systemfrage stellt. Ein ökonomisches System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung setzt, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt. Und die ökologische Frage verbindet sich mit der sozialen Frage (Oskar Lafontaine)

Die Linke tritt für demokratischen Sozialismus ein. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Unser Ziel lässt sich auch mit dem Satz umschreiben: Soziale Gerechtigkeit in intakter Umwelt verwirklichen.

Jeder Antrag, der diesem Ziel ein Stückchen näher kommt, wird von unserer Fraktion hier im Kreistag getragen werden.

Der vorliegende Kreishaushalt kann diesem höheren Ideal nicht gerecht werden. Er ist ein Produkt der Verzweiflung und Kapitulation. Ein Ausdruck der eigenen Versklavung und dem in die Knie gehen vor der Übermacht des Kapitals. Unser Verständnis eines demokratischen Sozialismus heißt: Der Mensch war das Objekt der Geschichte. Er muss zum Subjekt werden. Freiheit verstehen wir nicht nur als Freiheit von politischen

Unterdrückern, sondern auch als Freiheit von der Beherrschung des Menschen durch Dinge und Umstände. Und an diesem Maßstab gemessen ist der Haushalt für uns durchgefallen

